

POLICY BRIEF

E L S E
F R E N K E L -
B R U N S W I K
I N S T I T U T

FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

EFBI POLICY BRIEF 2025-2

CHRISTINA GUTSMIEDL &
JOHANNES KIESS

KONTAKT

PIA SIEMER
T: +49 341 97-37892
M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

PROTESTBERICHTERSTATTUNG AN DEN GRENZEN DER DEMOKRATIE

ABSTRACT

In der begutachteten Zeitschrift *M&K – Medien und Kommunikationswissenschaft* erschien jüngst eine Studie, in der wir untersuchten, wie Journalist:innen, die regelmäßig über Proteste in Sachsen berichten, Angriffe und Bedrohungen wahrnehmen und welche Auswirkungen diese Erfahrungen auf ihre Arbeit sowie auf die demokratische Öffentlichkeit haben. Unser Ausgangspunkt war der in den letzten Jahren deutliche Anstieg verbaler und körperlicher Übergriffe auf Medienvertreter:innen, insbesondere bei Demonstrationen mit extrem rechter oder verschwörungsideologischer Ausrichtung. In der kommunikations- wie in der politikwissenschaftlichen Forschung wurden solche Angriffe bisher kaum aufgegriffen. Die wenigen existierenden Veröffentlichungen verstehen sich eher als quantitatives Monitoring und nicht als Untersuchung der (Wahrnehmung der) Angriffe, der Auswirkungen auf Betroffene sowie der potenziellen Einschränkung der freien Berichterstattung. Auf diese Fragestellung zielend interviewten wir zwölf Journalist:innen, die regelmäßig in Sachsen von Demonstrationen berichte(te)n. Wir zeigen insbesondere auf, dass die auf Basis dieses Materials rekonstruierten Wahrneh-

mungen der Angriffe gravierende Auswirkungen auf die Berichterstattung sowie die Qualität der demokratischen Öffentlichkeit in Sachsen haben. Die zentralen Ergebnisse:

- Demonstrationen in Sachsen stellen unsichere Räume für Journalist:innen dar.
- Medienschaffende nehmen eine Stellvertreterrolle für politische Gegner:innen ein.
- Journalist:innen sind bei der Bewältigung der Erlebnisse meist auf sich allein gestellt.

Fazit: Es besteht dringender Handlungsbedarf, um die freie Berichterstattung als wichtige Säule einer liberalen Demokratie besser zu schützen. Insbesondere Sicherheitsbehörden und Politik, aber auch die Bürger:innen Sachsens sollten diese und andere gezielte Angriffe als strategische Aktionen der extremen Rechten ernst nehmen.

Angaben zum Artikel: Gutmiedl, C., & Kiess, J. (2025): *Protestberichterstattung an den Grenzen der Demokratie*. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 73 (4), 530-546. DOI: 10.5771/1615-634X-2025-4-1.

HINTERGRUND DER STUDIE

Sachsen wird häufig als Negativbeispiel im Hinblick auf die Sicherheit von Journalist:innen benannt. Im bundesdeutschen Vergleich gibt es hier nicht nur ein besonders hohes Aufkommen extrem rechter oder verschwörungsideologisch motivierter Proteste (Rippl 2023: 225), auch ein Großteil der dokumentierten Angriffe auf Journalisten in Deutschland ereignet sich hier (Peltz et al. 2024: 2). Diese Angriffe bedeuten nicht nur individuelle Gefährdungen, sondern legen strukturelle Probleme demokratischer Institutionen offen (Waisbord 2002; Löfgren-Nilsson & Örnebring 2016). Diese umfassen u.a. den mangelnden Schutz durch Polizei, eine teilweise fehlende Sanktionierung durch die Justiz und die wachsende Akzeptanz medienfeindlicher Narrative im Sinne einer undifferenzierten und pauschalisierenden Kritik an Medien, die verschwörungsideologische Elemente beinhaltet (Schindler et al. 2018: 283), was sich z.B. in Bezeichnungen wie „Lügen-“ oder „Systempresse“ ausdrückt (Papendick & Rees 2021: 129; Schultze 2023: 76). Werden Journalist:innen an ihrer Arbeit gehindert oder angegriffen, kann dies zur Folge haben, dass bestimmte Themen gemieden werden oder sich Medienschaffende selbst zensieren. Vor diesem Hintergrund untersuchten wir, wie sich die Wahrnehmungen von Journalist:innen im Umgang mit Angriffen auf die demokratische Öffentlichkeit in Sachsen auswirken.

Das Funktionieren unserer Demokratie hängt auch unmittelbar von der Qualität der politischen Öffentlichkeit ab (Ritzi 2019: 61). Entsprechend kann die politische Öffentlichkeit als zentraler und konstitutiver Ort der Demokratie begriffen werden. Dieser Raum wird mittels kommunikativer Prozesse ausgehandelt und medial vermittelt. Dafür ist die Arbeit von Journalist:innen unerlässlich, sie transportieren die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. In den vergan-

genen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen dieser Arbeit zunehmend gewandelt: Zum einen hat die Medienfeindlichkeit zugenommen, zum anderen ist es die Medienlandschaft selbst, die sich durch die Digitalisierung und Finanzierungskrisen verändert.

Um diese Dynamik präziser zu fassen, beziehen wir uns auf die Konzepte *Shrinking Spaces*, *Contested Spaces* und *Raumnahme*. *Shrinking Spaces* bezeichnen die Verengung demokratischer Handlungsspielräume durch Gewalt, Einschüchterung oder institutionelles Versagen. Die Analyse zeigt, dass viele der in Sachsen zu beobachtenden Entwicklungen – wie Gewalt bei Demonstrationen, polizeiliche Untätigkeit und die Angst der Betroffenen vor persönlichen Repressalien – die Merkmale eines solchen Schrumpfungsprozesses aufweisen. *Contested Spaces* können als umkämpfte Räume gesehen werden. Auch Sachsen zeigt sich als ein Raum, in dem extrem-rechte Akteure um Deutungshoheit kämpfen und Proteste nutzen, um öffentliche Räume temporär zu kontrollieren. Diese *Raumnahme* setzt auf aggressive Symbolik, Einschüchterung und teilweise organisierte Gewalt, wodurch alternative, demokratische Positionen vor Ort marginalisiert werden.

Die Studie beruht auf zwölf problemzentrierten Interviews mit Journalist:innen im Alter von 19 bis 56 Jahren, die regelmäßig über Proteste in Sachsen berichtete(n). Erfasst wurden in diesen Interviews subjektive Wahrnehmungen, Erfahrungen und Bewältigungsstrategien. Die Interviews wurden transkribiert, anonymisiert und induktiv entlang der Fragestellung ausgewertet. Zum Schutz der Interviewten wurden solche Details verfremdet oder aus der Ergebnisdarstellung ausgeschlossen, die möglicherweise Rückschlüsse auf die konkrete Person zulassen könnten.

ZENTRALE ERGEBNISSE

DEMONSTRATIONEN ALS UNSICHERE RÄUME

Das erste zentrale Ergebnis der Auswertung ist, dass Proteste für Journalist:innen keine sicheren Räume darstellen. Unsere Interviewpartner:innen nehmen antideмократische und medienfeindliche Dynamiken sogar als konstitutiv für das Demonstrationsgeschehen in Sachsen wahr und ordnen dies wiederum als Gefahr für sich selbst und eine umfassende Berichterstattung ein. Die meisten Angriffe erleben Journalist:innen bei extrem rechten oder verschwörungsideologischen Protesten. Hier wird auch der Ausgangspunkt einer Entwicklung und Radikalisierung genannt:

„Eigentlich war es ja erst Pegida gewesen, zumindest in meiner Wahrnehmung, die die Presse überhaupt zum Akteur gemacht haben. Die früheren, weiß ich nicht, die früheren Nazidemos waren da/ bestimmt wurden da auch Fotografen angegriffen oder so. Aber es hat sich nun, denke ich mal, sind die damals ein-

*fach durch/ haben die andere Ziele gehabt, die Lin-
ken, den Staat oder keine Ahnung was.“*

Gewalterfahrungen bei linken Protesten werden zwar ebenfalls vereinzelt problematisiert, finden aber in einem weitaus geringeren Umfang statt und nehmen in den Interviews entsprechend wenig Raum ein. Darüber hinaus ist die Strategie der Polizei vor Ort entscheidend, ob Berichterstattung überhaupt möglich ist. Einige Pressevertreter:innen erleben die Polizei hier als sehr unterstützend. Gleichzeitig thematisierten die Medienschaffenden, dass die Beamt:innen oft eben nicht für Sicherheit sorgen würden, sondern selbst Unsicherheit und Gefahr produzierten.

STELLVERTRETERROLLE FÜR POLITISCHE GEGNER

Als zweites zentrales Ergebnis unserer Auswertungen hervorzuheben ist die Wahrnehmung der Journalist:in-

nen, in eine Stellvertreter:innenrolle für politische Gegner:innen gedrängt zu werden. Dies wird schon in der Verunglimpfung als Teil der Lügen- oder Systempresse sichtbar. Diese drückt eine Antisystemhaltung aus, die explizit die Rolle von Journalist:innen als Feindbild einschließt. Verbale oder körperliche Übergriffe beziehen die Befragten deshalb auch darauf, dass sie als Medienschaffende erkannt und für Repräsentanten „des Systems“ gehalten werden.

„Ich glaube nicht, dass es nötig ist, auf den Demonstrationen, dass das irgendjemand noch mal so explizit sagt, weil die Leute haben das schon sehr internalisiert oder in sich drin, dass Journalisten scheiße sind und im Zweifel halt der Feind.“

Mit der entmenslichenden Beschimpfung als „Zecke“ werden Journalist:innen zudem als Teil eines verfeindeten „linken“ Milieus identifiziert oder als Repräsentanten des „linken“ Mainstreams konstruiert, gegen den sich die Demonstrierenden aus ihrer Sicht zur Wehr setzen. Für die Befragten steht dies der eigenen Rollenwahrnehmung und ihrem Berufsverständnis diametral entgegen.

**SELBSTBEWÄLTIGUNG UND WENIG
UNTERSTÜTZUNG**

Ein drittes Ergebnis unserer Analyse betrifft den Umgang mit Gewalterfahrungen. Ein Großteil der Befragten erfährt sich diesbezüglich überwiegend auf sich allein gestellt. Die Verantwortungsübernahme und Unterstützung durch Politiker:innen und Institutionen wird hingegen als unzuverlässig wahrgenommen. Dies empfinden die Interviewten als Belastung auf der persönlichen wie auf der beruflichen Ebene und es führt auch zu Resignation. Eine juristische Auseinandersetzung mit den Übergriffen wird weitgehend vermieden oder als wenig zielführend angesehen. Zu den von den Interviewten erwähnten Schutzmaßnahmen gehören Auskunftssperrungen im Melderegister, das Vermeiden bestimmter Stadtviertel oder die Teilnahme an einem spezialisierten Coaching. Eine Interviewpartnerin berichtet:

„Dass mir das zunehmend schwergefallen ist in den letzten Jahren, einfach aufgrund dessen, dass es einfach so eine Masse an Demonstrationen war und Situationen, wo man im Dunkeln irgendwo an einer Straße rumhängt [...] Und nicht weiß, was da jetzt, wer da jetzt gleich um die Ecke kommt. [...] Dass das schon dazu geführt hat, dass ich mich einfach mental in so einer Lage befunden habe, wo mich das einfach fertig gemacht hat und ich mich dann Coachen lassen musste.“

SCHRUMPFENDE RÄUME FÜR JOURNALISMUS IN SACHSEN

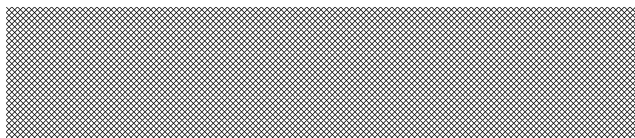
Beruhend auf unseren drei zentralen Beobachtungen ist für Sachsen deutlich, dass die Handlungsräume bei Demonstrationen für Journalist:innen bereits spürbar schrumpfen und damit die Demokratie Schaden nimmt (*shrinking spaces*). Die medienfeindliche Stimmung kann zumindest als temporäre *Raumnahme* antidemokratischer und neonazistischer Milieus vor Ort interpretiert werden. Die Angriffe auf Medienvertreter:innen gefährden dabei nicht nur einzelne Personen, sie schränken auch die journalistische Arbeit ein und beschädigen dadurch die demokratische Öffentlichkeit. Wir interpretieren dies als ein deutliches Warnsignal für die Demokratie insgesamt: Wenn die freie Berichterstattung im öffentlichen Raum – besonders bei Protesten als zentralen Orten politischer Auseinandersetzung – nicht mehr gewährleistet ist, verlieren demokratische Prozesse ihre Grundlage.

Aus dieser Analyse und Interpretation lässt sich dringender Handlungsbedarf ableiten. Sicherheitsbehörden aber auch die Justiz müssten konsequenter gegen Angreifer:innen vorgehen. Während die Polizeiarbeit in vielen Interviews durchaus explizit gelobt wird, kommen auch Fehlleistungen – etwa wenn die Arbeitsfähigkeit von Journalist:innen nicht gewährleistet wird – regelmäßig vor. Auch Amts- und Mandatsträger:innen sollten öffentlich und deutlich Stellung nehmen. Nicht zuletzt sind auch Politiker:innen in Sachsen immer wieder Ziel neonazistischer Angriffe. Sowohl Angriffe auf Politiker:innen als auch auf Journalist:innen sind dabei immer auch Angriffe auf Grundpfeiler einer liberalen, funktionie-

renden Demokratie. Sie erfolgen in strategischer Absicht, diese zu schädigen, und müssen in dieser Wirkung erkannt und entsprechend beantwortet werden. Schließlich sollten auch die in Sachsen lebenden Menschen sich der Tragweite der Angriffe auf journalistische Arbeit gewahr werden. Gerade die schlecht finanzierte, aber für die Meinungsbildung wichtige lokale Berichterstattung sollte mehr Unterstützung finden. Anderenfalls droht der Verlust der politischen Öffentlichkeit als zentraler und konstitutiver Ort der Demokratie (Habermas 2021: 477; Ritzki 2019: 68; Klaus et al. 2025: 28).

LITERATURVERZEICHNIS

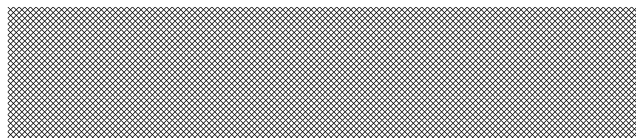
- Habermas, J. (2021). Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In: M. Seeliger & S. Seignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (S. 470–500). Baden-Baden: Nomos.
- Klaus, E., Altmeppen, K., & Röttger, U. (2025). Grundlagen und Perspektiven der Kommunikationswissenschaft. In: U. Röttger, K. Altmeppen & E. Klaus (Hrsg.), *Kommunikationswissenschaft. Eine Einführung in die kommunikativen und medialen Grundlagen der Gesellschaft* (S. 3–44). Wiesbaden: Springer.
- Papendick, M., & Rees, Y. (2021). Misstrauen gegenüber Medien zwischen Populismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. In: A. Zick & R. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 123–129). Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
- Peltz, P., Haynert, A., & Dutz, J. (2024). Feindbild Journalist:in 8: Angst vor der Selbstzensur. Eine Studie des Europäischen Zentrums für Presse und Medienfreiheit, Leipzig, <https://www.ecpmf.eu/feindbild-journalistin-8-angst-vor-der-selbstzensur/> [10.11.2025].
- Rippl, S. (2023). „Aufstand der einfachen Leute“? Rechtspopulistische Proteste, politische Partizipation und politische Entfremdung in Sachsen. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 3(2), 224–241.
- Ritzi, C. (2019). Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: C. Ritzi, J. Hofmann, N. Kersting & W. J. Schünemann (Hrsg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven* (S. 61–82). Bielefeld: transcript.
- Schindler, J., Fostkor, C., Posthumus, L., Obermaier, M., Fawzi, N. & Reinemann, C. (2018): Woher kommt und wozu führt Medienfeindlichkeit? Zum Zusammenhang von populistischen Einstellungen, Medienfeindlichkeit, negativen Emotionen und Partizipation. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 66(3), 283–301.
- Schultz, T. (2023). Kritik und Vertrauen. Einstellungen zu den Medien und vertrauensbildende Maßnahmen der Redaktionen. In: J. Legrand, B. Linden & H.-J. Arlt (Hrsg.), *Welche Öffentlichkeit brauchen wir? Zur Zukunft des Journalismus und demokratischer Medien* (S. 73–84). Wiesbaden: Springer.
- Waisbord, S. (2002). Antipress Violence and the Crisis of the State. *Harvard International Journal of Press/Politics*, 7 (3), 90–109.



AUTOREN

Christina Gutmiedl, MA, ist Soziologin und Journalistin. Sie arbeitet bei der Leipziger Volkszeitung. Der Beitrag entstand im Rahmen ihres Studiums.

Johannes Kiess, Dr. phil., ist Soziologe und stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Entstehung und Verbreitung politischer Einstellungen und Mobilisierung, die Europaforschung und industrielle Beziehungen.



IMPRESSUM

Redaktion: Johannes Kiess
 Gestaltung und Satz: Markus Dreßen, Pia Siemer
 Redaktionsschluss: 06.10.2025
 Druck: Merkur Druck, Leipzig
www.efbi.de



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.